Bekanntmachung Nr. 37/2004 vom 28.04.2004

Satzung vom 27.04.2004 zur Änderung der Entwässerungssatzung für das Stadtgebiet Baesweiler vom 20.12.1995

Artikel I

§ 1

erhält folgende Fassung:

- (1) Die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Baesweiler umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten des im Stadtgebiet anfallenden Abwassers.
- (2) Die Stadt stellt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (öffentliche Abwasseranlagen). Die öffentlichen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (3) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung, Sanierung oder Beseitigung bestimmt die Stadt im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.

§ 2

erhält folgende Fassung:

5. Öffentliche Abwasseranlage:

- a) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der Stadt selbst betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung oder Beseitigung der bei der städtischen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände dienen.
- b) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören ferner die Anschlussstutzen der Anschlussleitungen nach § 2 Ziff. 6 an den öffentlichen Abwasserkanal in der Straße, nicht aber die Grundstücksanschlussleitungen und Hausanschlussleitungen.
- c) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung zählt die Entsorgung von Kleinkläranlagen.

6. Anschlussleitungen:

- a) Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen von den öffentlichen Abwasserkanal in der Straße bis zur Grenze des jeweils anzuschließenden Grundstücks.

- b) Hausanschlussleitungen sind die sich an die Grundstücksanschlussleitungen anschließenden Leitungsstrecken zwischen der privaten Grundstücksgrenze und dem anzuschließenden Gebäude auf dem jeweils anzuschließenden Grundstück.

§ 11

erhält folgende Fassung:

- (7) Die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Unterhaltung von Anschlussleitungen von der Straßenleitung bis zur Grundstücksgrenze (Grundstücksanschlussleitungen) werden ausschließlich durch die Stadt oder einen von ihr beauftragten Unternehmer auf Kosten des Anschlussnehmers ausgeführt.
- (8) Die Herstellung, Erneuerung oder Veränderung sowie die laufende Unterhaltung (Reinigung, Ausbesserung) der Abwasseranlagen in den Gebäuden sowie auf dem anzuschließenden Grundstück einschl. der Hausanschlussleitungen, einer evtl. Inspektionsöffnung und eines evtl. Prüfschachtes obliegen dem Anschlussnehmer.

Die Stadt kann im Einzelfall die Durchführung dieser Arbeiten auf den Eigentümer des angeschlossenen Grundstücks übertragen und die Vornahme der Arbeiten von diesem verlangen. § 13 (1) bleibt unberührt.

§ 13

erhält folgende Fassung:

- (1) Für die Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen gelten die Bestimmungen des § 45 Absätze 5 und 6 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 07.03.1995 (BauO NW) (GV NW 218).

Die genannten Verpflichtungen gemäß der Landesbauordnung NRW obliegen unabhängig von § 11 (7) dieser Satzung auch hinsichtlich der Grundstücksanschlussleitungen den Eigentümern des angeschlossenen Grundstückes.

- (2) Die Dichtheitsprüfungen dürfen nur durch von der Stadt zugelassene Sachkundige oder von der Stadt selbst durchgeführt werden.

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet,
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

52499 Baesweiler, 27.04.2004

Dr. Linkens
Bürgermeister